

## X11 Sozialkahltschlag aus dem Elfenbeinturm stoppen – Jugendhilfe stärken!

Antragsteller\*in: Kai Frescher (KV Würzburg), Katharina Pause (KV Würzburg), Florian Wunderle (KV Würzburg), Cari Nicole Baumann (KV Würzburg), Max Appelmann (KV Würzburg), Lena Saupp (KV Würzburg), Ida Pfister (KV Würzburg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

- 1 Wenn der Staat seinen Schutzauftrag nicht mehr erfüllt
- 2 Mehr als ein Jahr ist die Recherche des WDR zur Überlastung der Jugendämter
- 3 inzwischen her. Damals gaben fast 150 von den 300 befragten Jugendämtern
- 4 bundesweit an, den Kinderschutz nicht mehr ausreichend gewährleisten zu können.
- 5 Die Folgen sind dramatisch: Kinder und Jugendliche müssen länger in gefährlichen
- 6 Lebenssituationen verbleiben, Hilfen setzen zu spät ein oder fallen ganz aus und
- 7 Fachkräfte arbeiten am Limit. Die Jugendämter können ihrem gesetzlichen
- 8 Schutzauftrag nicht mehr gerecht werden und gefährden konkret die Sicherheit der
- 9 betroffenen Kinder und Jugendlichen.
- 10 Doch anstatt die Jugendämter und Kommunen zu entlasten, wird die Krise politisch
- 11 weiter verschärft. Statt dringend benötigter Investitionen drohen neue Kürzungen
- 12 im sozialen Bereich. Union und SPD lassen die Kinder- und Jugendhilfe politisch
- 13 im Stich, während der Bedarf für Familien und sozialen Einrichtungen immer
- 14 weiter steigt.
- 15 Warum ist der Effizienzgedanke nur wichtig, wenn es um Einsparungen bei
- 16 Sozialleistungen geht?
- 17 Union und SPD setzten eine Arbeitsgruppe ein unter dem Vorwand der
- 18 Effizienzsteigerung. Doch anstatt Fachkräfte wirklich zu entlasten und
- 19 Bürokratie abzubauen, werden hinter verschlossenen Türen drastische
- 20 Leistungseinschränkungen verhandelt, ohne dabei die Abwägung zu treffen, was das
- 21 für die betroffene Gruppe bedeutet.
- 22 Beteiligt sind Vertreter\*innen des Bundes, der Länder und der kommunalen
- 23 Spitzenverbände, aber weder Träger der öffentlichen oder freien Jugendhilfe noch
- 24 andere Fachverbände. Fachliche Perspektiven bleiben systematisch
- 25 unberücksichtigt.
- 26 Die geplanten Kürzungen betreffen vor allem die Hilfen für junge Volljährige
- 27 nach §41 SGB VIII. Die Nachbetreuung nach §41a SGB VIII soll gestrichen werden,
- 28 während Hilfen bis zum 21. Lebensjahr, künftig im Ermessen der Jugendämter
- 29 liegen sollen. Das ist ein existenzieller Einschnitt für junge Menschen, die auf
- 30 diese Unterstützung angewiesen sind, da ihnen häufig soziale und familiäre
- 31 Netzwerke fehlen. Es droht, dass junge Menschen mit dem Erreichen der
- 32 Volljährigkeit faktisch aus dem Hilfesystem gedrängt werden.
- 33 Die Folgen sind absehbar: steigende Wohnungslosigkeit, Ausbildungsabbrüche,
- 34 Arbeitslosigkeit oder langfristige soziale Problemlagen. Wer hier kürzt, spart
- 35 aber nicht an Bürokratie, sondern an jungen Menschen, die von der Union allzu
- 36 oft als "unsere Zukunft" vorgeschoben werden. Es werden neue Krisen produziert,
- 37 zusätzlich zu denen, die junge Menschen schon jetzt am stärksten treffen.

38 Ebenso problematisch sind die vom Bundesland Sachsen vorgeschlagenen Pläne für  
39 unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Diese sollen ab dem 16. Lebensjahr in  
40 Gemeinschaftsunterkünften mit abgesenkten Standards für die Betreuung,  
41 Unterbringung und Versorgung untergebracht werden. Damit wird eine Zweiklassen-  
42 Jugendhilfe geschaffen, abhängig von der Herkunft junger Menschen. Der Anspruch  
43 auf Schutz und Unterstützung würde nicht mehr für alle gleichermaßen gelten.

44 Das ist fatal: Gerade unbegleitete minderjährige Geflüchtete gehören zu den  
45 vulnerabelsten Gruppen und sind in einem besonderen Maße zu schützen. Eine  
46 Absenkung von Standards gefährdet diesen Schutz und erschwert Integration  
47 nachhaltig.

48 Die geplanten Kürzungen im Bereich Inklusion bzw. bei der Eingliederungshilfe  
49 gleichen einem haushaltspolitischen Kahlschlag, der die Menschenwürde hinter das  
50 Spardiktat des Staates zurückstellt. Allein die vorliegenden Vorschläge von Bund  
51 und Ländern zielen auf Einsparungen von über 8,6 Milliarden Euro ab. Bisher hat  
52 jeder Mensch mit Behinderung einen rechtlichen Anspruch auf genau die Hilfe, die  
53 er für ein selbstbestimmtes Leben benötigt, wie beispielsweise eine persönliche  
54 Assistenz in der Schule. Durch das geplante "Pooling" sollen sich Betroffene  
55 diese Unterstützung künftig teilen, wodurch individuelle Bedürfnisse zugunsten  
56 billigerer Massenslösungen ignoriert werden. Das ist deshalb so fatal, weil es  
57 nicht nur gegen die UN-Behindertenrechtskonvention verstößt, sondern Menschen zu  
58 bloßen "Haushaltsposten" dehumanisiert. Wer heute bei der Teilhabe spart,  
59 zerstört die Bildungs- und Lebenswege von Millionen Betroffenen und provoziert  
60 langfristig massive Folgekosten durch soziale Ausgrenzung und lebenslange  
61 Abhängigkeiten, nicht nur im finanziellen Sinne.

62 Die Vorschläge der Arbeitsgruppe dienen nicht langfristigen Verbesserungen der  
63 Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe, sondern einem gezielten  
64 Abbau von Leistungen, die kurzfristig symbolische Schlagkraft haben.

65 Unter dem Deckmantel von Effizienz und Sparpolitik werden Rechte beschnitten,  
66 Standards gesenkt und Unterstützungssysteme geschwächt. Das ist kein Zufall,  
67 sondern Ausdruck einer falschen politischen Prioritätensetzung.

68 Statt dringend notwendige Investitionen durch eine sozial gerechte Steuerpolitik  
69 zu finanzieren, wird ausgerechnet bei denen gespart, die im politischen Berlin  
70 kaum Gehör finden: Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen in  
71 prekären Lebenslagen.

72 Diese Prioritätensetzung steht in einem deutlichen Widerspruch zur realen  
73 Vermögensverteilung in Deutschland: Während sich enorme Vermögen in den Händen  
74 weniger konzentrieren, werden zentrale Leistungen infrage gestellt, um im  
75 Vergleich dazu geringe Beträge einzusparen.

76 Nicht nur eine Frage des Geldes, sondern vor allem der Verteilung!

77 Das Geld ist da, es ist nur falsch verteilt: Dieter Schwarz und die Familie  
78 Boehringer und von Baumbach besaßen 2025 zusammen mehr Vermögen als die ärmere  
79 Hälfte der deutschen Bevölkerung.

80 Gleichzeitig ist die Kinder- und Jugendhilfe seit Jahren chronisch  
81 unterfinanziert. Die Folgen zeigen sich deutlich: steigende Belastungen bis hin  
82 zu Burn-out bei Fachkräften sowie ungleiche Chancen für junge Menschen. Hier

83 noch weiterzukürzen wäre ein Brandbeschleuniger für die aktuelle Krise in der  
84 Kinder- und Jugendhilfe.

85 Das dürfen wir nicht hinnehmen. Die Zukunft von jungen Menschen darf nicht vom  
86 Wohnort, Herkunft oder der Haushaltslage abhängig sein.

87 Anders als im Vorschlagspapier der Arbeitsgruppe dargestellt, sind die Kinder-  
88 und Jugendhilfe sowie die Eingliederungshilfe nicht einfach Kostenfaktoren im  
89 Sozialstaat, sondern wichtige Investitionen in die Zukunft. Wer heute an  
90 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen spart, die auf die Hilfe des  
91 Sozialstaates angewiesen sind, verursacht langfristig höhere Folgekosten, etwa  
92 durch Wohnungslosigkeit oder Bildungsabbrüche.

93 Eine ausreichend finanzierte Kinder- und Jugendhilfe wirkt dagegen präventiv:  
94 Sie gibt Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Chance auf Teilhabe  
95 sowie stabile und angemessene Lebensverhältnisse. Neben der moralischen  
96 Komponente, dass jeder junge Mensch unabhängig vom Geldbeutel ein stabiles  
97 Umfeld zur Entwicklung haben sollte, reduzieren präventive Maßnahmen spätere  
98 Folgekosten.

99 Gleiches gilt für die Eingliederungshilfe: Inklusion ist kein "nice to have",  
100 sondern ein Grundrecht geschützt durch unter anderem die UN-  
101 Behindertenrechtskonvention, die Deutschland mit unterschrieben hat. Es darf  
102 nicht sein, dass ein Grundrecht wie Inklusion, abhängig ist von den finanziellen  
103 Möglichkeiten der Familien, Schulen oder sozialen Trägern. Jeder junge Mensch,  
104 mit und ohne Inklusionsbedarf, hat das Recht auf gezielte und individuelle  
105 Förderung.

106 Während die Regierung eine gerechte Steuerpolitik scheut, werden Einschnitte bei  
107 Jugendlichen und Sozialstaat diskutiert.

108 Das ist kein Zufall: Junge Menschen haben kaum eine Lobby und sind daher  
109 besonders oft Verhandlungsmasse in politischen Debatten. Sei es bei der  
110 Rentenpolitik, dem Wehrmodernisierungsgesetz oder nun auch bei der Kürzung des  
111 Sozialstaates.

112 Genau deshalb muss die GRÜNE JUGEND Bayern ihre Rolle als Interessenvertretung  
113 der jungen Generation ernst nehmen und sich klar gegen diese Politik des  
114 Stärkeren stellen. Denn wer den Staatshaushalt wirklich entlasten will, spart  
115 nicht bei den Schwächsten, sondern fordert Verantwortung von denjenigen, die  
116 mehr schultern können.

117 Die Landesmitgliederversammlung beschließt:

- 118 • Erhalt aller aktuellen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe  
119 (insbesondere §§ 41, 41a SGB VIII sowie gleichwertige Standards für

- 120 unbegleitete minderjährige Geflüchtete) und der Eingliederungshilfe ohne  
121 Pooling
- 122 • bessere Finanzierung durch Bund und Länder zur Entlastung der Kommunen
  - 123 • Fachkraft-Kind-Relation durch verbindliche Qualitätsstandards (§ 79a SGB  
124 VIII) und regelmäßige Qualitätskontrollen sicherstellen
  - 125 • Ausbau von Hilfsangeboten für junge Erwachsene und unbegleitete  
126 minderjährige Flüchtlinge (UMA),
  - 127 • Beteiligung von Fachverbänden sowie freien und öffentlichen Trägern bei  
128 allen Planungen und Reformen der Jugendhilfe
  - 129 • Einführung sozialer Mindeststandards für alle Hilfeleistungen, unabhängig  
130 von Wohnort oder Träger
  - 131 • kritische Positionierung gegenüber dem Referentenentwurf zur Reform des  
132 SGB VIII & Ablehnung der Umsetzung in der vorliegenden Form
  - 133 • keine milliardenschweren Einsparungen unter dem Vorwand der Inklusion; die  
134 inklusive Ausgestaltung des Jugendhilfesystems darf nicht zu einem Abbau  
135 individueller Hilfen führen
  - 136 • Erhalt und Stärkung der Selbstbestimmungsrechte sowie der Rechtsansprüche  
137 junger Menschen
  - 138 • Sicherstellung eines niedrighwelligen, bedarfsgerechten & von  
139 wirtschaftlichen Interessen unabhängigen Zugangs zu Hilfen zur Erziehung
  - 140 • keine weitere Ökonomisierung der Kinder- und Jugendhilfe; Entscheidungen  
141 müssen sich am individuellen Bedarf orientieren & dürfen nicht durch  
142 Sparlogiken bestimmt werden
  - 143 • Verhinderung von Zuweisungen in ungeeignete Gruppenmaßnahmen
  - 144 • ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Jugendämter; keine  
145 Ausweitung von Zuständigkeiten ohne zusätzliche Ressourcen
  - 146 • verbindlicher Erhalt von Hilfeplanverfahren auch bei Gruppenhilfemaßnahmen
  - 147 • aktive politische Positionierung des Landesvorstands, Austausch mit  
148 Fachverbänden & Betroffeneninitiativen sowie Ansprache politischer  
149 Entscheidungsträger\*innen auf Landes- & Bundesebene
  - 150 • Ausbau der Bildungs- & Öffentlichkeitsarbeit zur Situation der Kinder- &  
151 Jugendhilfe und zu strukturellen Missständen

## Begründung

Begründung erfolgt mündlich.